

Initiative Region Harz und Heidi Regio-Projekte zur Stärkung des ländlichen Raums im Regionalverband Großraum Braunschweig

DIE LINKE fordern eine Initiative aller regionalen Player für die Stärkung des ländlichen Raums. Es geht um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Region – im Lande wie in den Städten. Es geht um die Dezentralisierung der Energieversorgung, der Energienutzung und die Koppelung von Energiesystemen mit Mobilität und dem übergeordneten Ziel 100 % Klimaschutz in der Region.

Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Lebensverhältnisse hat erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Regionen in Deutschland festgestellt. Es bestünden „erhebliche Disparitäten in den regionalen Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten, z. B. bei der Verkehrs- und Mobilfunkanbindung und beim Zugang zu Angeboten der Grundversorgung und Daseinsvorsorge“, heißt es im Abschlussbericht der Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“. Es geht unter anderem um die Frage, wie mit Mitteln der Digitalisierung gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands hergestellt werden können.

Der Ausbau der digitalen Infrastrukturen könne in ländlichen Räumen dazu beitragen, den Zentralisierungsbewegungen in Richtung der Ballungsräume entgegenzuwirken und eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu erreichen, heißt es in dem Bericht. Dies sei eine Grundvoraussetzung, um die ländlichen Räume attraktiv und lebenswert zu erhalten. Ohne entsprechende digitale Anbindung seien auch große Wirtschaftsunternehmen häufig nicht mehr arbeits-, konkurrenz- und entwicklungsfähig.

Die regionale Ebene zwischen Land und Kommune ist besonders wichtig für eine effiziente, wirksame und für die Orte und Menschen Gewinn bringende Transformation. Hier gibt es oft ein gemeinsames Empfinden von Betroffenheit und Interessengegensätze treffen besonders sichtbar aufeinander (z.B. zwischen Windenergie und Tourismus). So lange sich Kommunen und Regionen auf das Ausweisen von Flächen für erneuerbare Energien beschränken, entstehen weitgehend passive „Installationsräume“, in denen nur wenige an der Energiewende teilhaben. Kommunen und andere Akteure können sich aber zu „Energeregionen“ oder „Klimaschutzregionen“ zusammenschließen, um die Energiewende aktiv zu gestalten und gemeinsam zu profitieren. So werden Regionen zu „Handlungs-“ und „Gestaltungsräumen“ der Energiewende.

Für den langfristigen Erfolg einer Energiewende in der Region ist Akzeptanz in der Bevölkerung unverzichtbar. Sie ist durch Partizipation zu erreichen, wie auch durch einen für die Menschen erfahrbaren Nutzen, etwa durch attraktive neue Angebote. Um Akzeptanz für regenerative Energien zu gewinnen, müssen die Regionen – etwa über die kommunalen Haushalte – wirtschaftlich profitieren.

Die Energiewende ist im Grunde ein Dezentralisierungsprojekt: Regenerative Energieträger – Sonne, Wind, Biomasse – sind regional unterschiedlich stark verfügbar. Ihre Nutzung erfordert Fläche, flexible Stromnetze und Speicher. Die Grenzen des bekannten Energiesystems verschwimmen. Durch intelligente Steuerung lassen sich ehemals getrennte Systeme wie Energie und Mobilität miteinander koppeln. All das begünstigt einen Trend, den wir seit Jahren beobachten: Das zentralisierte Energiesystem mit wenigen großen Kraftwerken, monopolartigen Versorgern und darauf ausgerichteten Stromnetzen wird ersetzt durch ein dezentraleres, flexibleres System mit viel mehr Mitspielern. Gerade auf regionaler Ebene entstehen dadurch neue Handlungsspielräume.

Projektvorschläge

Die Sicherung der Grundversorgung der Bevölkerung und die Förderung der dörflichen Gemeinschaft durch entsprechende Einrichtungen sind eine wesentliche Voraussetzung für die Attraktivität von Dörfern. Gleichzeitig soll dem demographischen Wandel entgegen gewirkt und Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen geschaffen werden.

Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf der baulichen und funktionalen Erneuerung der Ortskerne, insbesondere durch den Umbau und die Vitalisierung von langzeitleerstehenden Wohn- und Wirtschaftsgebäuden und von besonderen Infrastrukturbrachen (z. B. ehemalige Schulen). Derartige Immobilien stellen vielerorts in unserer Region aufgrund ihrer zentralen Lage und der negativen Umfeldwirkung eine große Herausforderung dar, bieten gleichzeitig aber auch Potenziale zur Schaffung neuer zeitgemäßer Wohn- und Arbeitsraumangebote im Dorfzentrum, z.B. für Nah-/Grundversorgungseinrichtungen (z. B. kleine Dienstleistungs- und Versorgungszentren mit Einzelhandel, ärztliche Versorgung, Apotheke, Post, Bank, Betreuung von Senioren) oder auch ländliche Dienstleistungsagenturen (z. B. „Dorfhelferservice“ zur Betreuung der Bevölkerung, Sozialstation, betreutes Wohnen, dezentrale Informations- und Vermittlungsstellen für kommunale Leistungen).

Zugleich ist die verkehrliche Anbindung an die regionalen Zentren zu gewährleisten. Hierzu sollte der ÖPNV in ausreichendem Takt fahren und Initiativen für die „letzte Meile“ bzw. „On-Demand-Verkehre“ angeboten werden, auch in Kooperation mit örtlichen Fuhrunternehmen.

Anträge/Anfrage ländliche Entwicklung

- | | |
|---|---|
| A. Soziokulturelle Infrastruktur | „Regio – Kauf“ / „Regio-Klön“ / „Regio-Doc“ |
| B. Ländliche ÖPNV-Versorgung: | „Regio – Mobil“ |
| C. Mitnahmekonzept: | „Regio – Mitnahmekbank“ / „Mitnahme-App“ |
| D. Dezentrale Energieversorgung | „Regio – Energie in Bürgerhand“ |
| E. Ausbau Solardächer | „Regio – Dach“ |
| F. Alternative Antriebsmodelle | „Regio – E- und H- Tankstelle“ |
| G. Werbung für die Region: | „Regio – Infobus“ |
| H. Abteilung ländlicher Raum | „Unterabteilung ländlicher Raum“ |

08. August 2019

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Großraum Braunschweig

Einrichtung einer Abteilung für die „Stärkung des ländlichen Raums“ im Regionalverband Großraum Braunschweig

Im Regionalverband Großraum Braunschweig wird in der Abteilung Regionalentwicklung eine Unterabteilung für die „Stärkung des ländlichen Raums“ gebildet.

Begründung

Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Lebensverhältnisse hat erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Regionen in Deutschland festgestellt. Es bestünden „erhebliche Disparitäten in den regionalen Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten, z. B. bei der Verkehrs- und Mobilfunkanbindung und beim Zugang zu Angeboten der Grundversorgung und Daseinsvorsorge“, heißt es im Abschlussbericht der Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“.

Die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ wird sechs themenspezifische Facharbeitsgruppen einsetzen. Diese bilden die Schwerpunktbereiche der Arbeit der Kommission ab, nämlich: Kommunale Altschulden, Wirtschaft und Innovation, Raumordnung und Statistik, Technische Infrastruktur, Soziale Daseinsvorsorge und Arbeit sowie Teilhabe und Zusammenhalt der Gesellschaft. Betrachtet werden die Themen jeweils aus der Perspektive der Verdichtungsräume und der ländlichen Räume. Akteurinnen und Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft können beratend eingebunden werden und so punktuell die Arbeitsgruppen unterstützen. Mit den Vorschlägen der Kommission sollen bis zum Ende der 19. Legislaturperiode und darüber hinaus effektive und sichtbare Schritte hin zu einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse erreicht werden. Die Kommission wird ihr Gesamtergebnis in Form eines Abschlussberichts bis Herbst 2020 vorlegen.

Zugleich ist zu erwarten, dass auch auf europäischer Ebene die Förderung des ländlichen Raums fortgesetzt wird.

Entsprechende Anträge zur „Stärkung des ländlichen Raums“ sollten erarbeitet und gestellt werden.

Die Förderung der Unterabteilung Masterplan Klimaschutz in der Abteilung Regionalplanung im Regionalverband Großraum Braunschweig läuft im kommenden Jahr aus. Um das Know-how und die Expertise der dort beschäftigten Mitarbeiter*innen für unsere Region zu sichern, könnten sie in der neuen Unterabteilung „Stärkung des ländlichen Raums“ weiter beschäftigt werden.

Marion Köllner
Fraktion DIE LINKE

Hansi Volkmann
Fraktion DIE LINKE

Gremienlauf:

Ausschuss für Regionalverkehr	04.09.2019
Ausschuss für Regionalplanung	05.09.2019
Verbandsausschuss	19.09.2019
Verbandsversammlung	26.09.2019